

ZEITSCHRIFTEN AUS BRASILIEN

Günther Maluschke

Die Resonanz der Terroranschläge vom 11. September 2001 in der brasilianischen Publizistik

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington haben, wie überall in der Welt, auch in Brasilien in den Medien und öffentlichen Diskussionen ein breites und perspektivenreiches Echo gefunden. Während die barbarischen Attentate in den USA bewirkten, dass die Nation sich mit absoluter Mehrheit hinter den zum Kampf gegen den Terrorismus entschlossenen Präsidenten stellte, lösten sie in Brasilien eine Welle der Entrüstung nicht nur gegen die Attentate, ihre Planer und Vollstrecker aus, sondern auch und vor allem gegen die zu erwartenden Reaktionen der Amerikaner. Die Aussicht auf den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts und die Angst vor seiner möglichen Ausweitung sowie vor einer weltweiten Rezession erhitzen die Gemüter, und entsprechend leidenschaftlich fielen die meisten Kommentare aus. Nüchterne Analysen der neuen Weltlage waren zunächst Mangelware. Aber die Tragödie war zugleich eine Antriebskraft für die spezifisch brasilianische Witz- und Kalauerproduktion, in der zum Teil Bin Laden, in viel stärkerer Masse jedoch George Bush zur Zielscheibe von Häme und Spott wurden.

In Gesprächen im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, im Meinungsaustausch unter Universitätsprofessoren usw. konnte die Bekundung des Entsetzens über die Ruchlosigkeit der Attentate unmittelbar umschlagen in Äusserungen der Bewunderung über die Perfektion der Planung und Koordination der Anschläge sowie die Kühnheit der Täter und der Befrie-

digung darüber, dass es den Terroristen gelungen sei, die amerikanische Supermacht zu demütigen und ihre Arroganz zu bestrafen. In einer streng katholischen Familie, die bei allen erdenklichen Gelegenheiten militant für die Heiligkeit und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, einschliesslich des ungeborenen, eintritt, musste ich mit anhören, wie der Hausherr ausrief: „Die Attentäter hätten nicht so viele unschuldige Menschen, sondern allein George Bush umbringen sollen.“ Der Sprecher dieses Satzes ist Universitätsprofessor und pflegt in der Kolumne einer Regionalzeitung in einem 14-Tage-Turnus seine politischen Meinungen kundzutun. In der Publizistik wurden Beiträge geboten, die zumeist ein merkwürdiges Gemisch aus leichtfertigem Pazifismus, Anti-amerikanismus und Anti-Bush-Polemik darstellten.

Auffällig ist das Unverständnis für den in der Ausnahme-situation gestärkten Patriotismus der amerikanischen Nation. Er wird vorwiegend als Katalysator eines gefährlichen Etatismus und Militarismus beurteilt. Da in Brasilien allenfalls Oppositionspolitiker auf eine gewisse Popularität hoffen können, während die Stänkerei gegen Regierungsvertreter eine Art Volkssport der alphabetisierten Bevölkerung ist, versteht man hierzulande die patriotischen Äusserungen der Amerikaner vor allem als Ausdruck der Wut eines rachsüchtigen und blutrünstigen Volkes. Die Polemik gegen den amerikanischen Präsidenten nimmt bisweilen Formen an, dass es aussieht, als befänden sich die Brasilianer in einem Wahlkampf, in dem Bush als der von der Mehrheit gehasste Kandidat auftritt und die Masse so sehr in Rage versetzt, dass sie dazu übergeht, ihn mit faulen Tomaten zu bewerfen.

In der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift *Caros Amigos* werden in einem Artikel mit dem Titel „O Reichstag de Bush“ („Der Reichstag von Bush“, Verfasser: José Arbex Jr.) fünf Gründe dafür aufgeführt, dass „niemand so viel Nutzen aus dem 11. September zog wie George Bush Jr.“.

1. Bush wurde nicht von der Mehrheit seines Volkes gewählt; er hat kein Charisma und seine sprachlichen und intellektuellen Fähigkeiten sind miserabel. Aber der 11. September brachte die Wende: plötzlich ist er populär; die Amerikaner stehen geschlossen hinter ihm. Seine Präsidentschaft erhält eine nachträgliche Legitimation. (Stand seine Legi-

■ José Arbex Jr.,
„O Reichstag de Bush“, in:
Caros Amigos, Okt. 2001

- timität nach dem Amtsantritt je in Frage? Wer plebiszitäre Akklamation mit Legitimation gleichsetzt, sollte die Konsequenzen bedenken: schlimmste Tyrannen erhielten diese Art von „Legitimation“. Falls man wirklich meint, durch die unschönen Modalitäten seiner Wahl habe Bush die demokratische Legitimität verfehlt, dann können spätere plebiszitäre Beifallsbekundungen ihm keine ranggleiche Legitimation verleihen.)
2. Die Globalisierungsgegner und Systemkritiker sind mundtot gemacht. Die Terroranschläge dienen in den USA und in Europa als Vorwand, die Polizeiaufsicht zu verschärfen. Selbst in peripheren Ländern wie Brasilien diene das Attentat als Vorwand für eine beispiellose Eskalation der „Polizeimentalität“. (Was die brasilianische Polizei betrifft, so ist sie berühmt für Willkürakte gegen die Unterschicht und Nachlässigkeit hinsichtlich der üblichen Aufgaben polizeilicher Aufsicht und Hilfeleistung. Daran hat sich seit dem 11. September absolut nichts geändert. Was immer der Autor unter „Eskalation der Polizeimentalität“ versteht: allem Anschein nach ist es ein reines Phantasieprodukt.)
 3. Bush und sein Vize sind *oil men*, direkte Vertreter der Ölinteressen von Texas. Die gegen die Taliban gerichteten Aktionen der USA haben nur scheinbar etwas mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun. In Wahrheit dienen die Terroranschläge als Vorwand für eine – vor dem 11. September undenkbare – großangelegte Invasion in jene Region, die traditionell zum Einflussbereich Russlands gehört. (Glaubt der Verfasser wirklich an eine „grossangelegte Invasion“ und eine dauerhafte Präsenz amerikanischer Truppen, um Russland diesen Einflussbereich streitig zu machen?)
 4. Die Schwere der Anschläge geben dem Weissen Haus die Rechtfertigungsgründe, alle Rücksichten auf die UNO fallen zu lassen und ausschliesslich ein strategisches Ziel zu verfolgen, nämlich solide Grundlagen zu schaffen, die es erlauben, Eurasien ganz oder teilweise zu kontrollieren. Der Plan der USA ist es, einen *cordon sanitaire* um Russland herum anzulegen. Die Idee eines „fanatischen Islam“ ist ein Vorwand und der „Kampf gegen den Islam“ (sic !) hat als realen (aber verschwiegenen) Rechtfertigungsgrund den geopolitischen Boden,

auf dem der Islam sich ausbreitet. (Man fragt sich, ob der Autor tatsächlich so naiv ist zu glauben, kriegerische Maßnahmen seitens der USA wären unterblieben, falls die Terroristen Unterschlupf in einem Gastgeberland gefunden hätten, das für die USA geopolitisch uninteressant ist. Und vor allem: wenn es um einen *cordon sanitaire* ginge, welches Interesse hätte Putin, an seiner Errichtung so aktiv mitzuwirken? Es mag ja sein, dass die Globalhegemonie der Vereinigten Staaten mit Unbehagen von Russland, China, Indien und Pakistan hingenommen und anerkannt wird; aber ihre aktive Zusammenarbeit mit den USA zeigt, dass es im Kampf gegen den Terrorismus nicht ausschliesslich um amerikanische Interessen geht, sondern dass es an diesem Punkt eine weitgehende Koinzidenz der politischen Interessen dieser Länder gibt. Doch dafür ist der Autor blind.)

5. Die fünfte Begründung dafür, dass vor allem Bush aus dem 11. September Nutzen zieht, ist nichts weiter als eine absurde Verdächtigung mittels des bizarren Vergleichs zwischen den Terrorakten vom 11. September 2001 und dem Berliner Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933. Bush und seinen Ministern wird unterstellt, sie müssten nach dem 11. September „ähnliche Vorstellungen“ gehabt haben wie Hitler, der den Reichstagsbrand zum Anlass nahm, dem Kommunismus den Kampf anzusagen. Bush kann sich dank des neuen Feindes profilieren. Wie der 28. Februar ideal war für Hitlers Machtergreifung, so ist auch der 11. September ideal, um der mittelmässigen Regierung von Bush entscheidenden Auftrieb zu geben und dessen Diktatur zu rechtfertigen.

In zahlreichen anderen Publikationen der brasilianischen Presse wurden die ersten Fernsehansprachen des Präsidenten unmittelbar nach den Anschlägen, in denen dieser nur mit Mühe seine emotionale Betroffenheit und nervliche Anspannung zu kontrollieren vermochte, als Indizien von Schwäche und fehlender Befähigung für sein Amt gedeutet; hier jedoch werden ihm aufgrund dieses leichtfertigen Vergleichs kalter machtpolitischer Zynismus und diktatorische Ambitionen unterstellt, die ihn motivieren, die Terrorakte als Glücksfälle für das Prestige seiner Präsidentschaft zu nützen.

■ „A Europa e a Guerra. Para inglês (e o resto do mundo) ver“ (ohne Verf.), in: *República*, Jg. 6, n° 61, November 2001

Parallel dazu wird in der brasilianischen Presse dem britischen Premierminister Tony Blair, der Großbritannien zum engsten Verbündeten der USA und sich selbst, wie es in einem Beitrag heisst, „zu einer Art Botschafter der amerikanischen Politik“ bzw. „Regierungssprecher des Weissen Hauses“ machte (*República*, n° 61, Nov. 2001), ein kalkulistisch-pragmatisches Eigeninteresse unterstellt. Schlau habe er die Tragödie als Gelegenheit erfasst, „grösseren Raum im internationalen Szenario einzunehmen“. Es sei ihm durch sein Engagement und seine Beredsamkeit gelungen, alle britischen Premierminister seit dem Zweiten Weltkrieg, einschliesslich Margaret Thatcher, an Popularität zu übertreffen. Infolge seines extremen Einsatzes näherte sich Blairs Führungsstil mehr und mehr der präsidentialistischen Regierungsform an; er übernehme viele Befugnisse des Außenministers, mische sich in alle militärischen Entscheidungen ein und setze sich damit der Gefahr aus, seine Popularität wieder zu verlieren, sobald der bereits schwelende Konflikt mit den Verteidigern des parlamentarischen Systems eskaliert. Bis dahin werde er jedoch alles daransetzen, eines Tages als ein Staatsmann von der Statur eines Churchill in die Geschichte einzugehen.

Mit keinem Wort wird in diesem Artikel die Möglichkeit erwogen, dass Blair angesichts des realen Gefahrenpotenzials, das die internationalen terroristischen Netzwerke darstellen, im ureigenen Interesse Grossbritanniens und Europas handelt und sein Ansehen als Staatsmann seinen tieferen Grund in seinem treuhänderischen Eintreten für genau diese Interessen und eine als gerecht erachtete Sache haben könnte.

In der Fixierung auf die Fragen „Wem nützen die Ereignisse?“ bzw. „Wer kann sie sich zunutze machen?“ gibt dieselbe Zeitschrift die Parole aus: „Die Türme fielen für die Rechten“ und – so die weitere Überlegung – mit ihnen würden die bürgerlichen Freiheiten und die Demokratie in die Tiefe gerissen. Die Wirkung reiche bis nach Brasilien; denn in den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 würden die konservativen Parteien davon profitieren, die Linksparteien jedoch Schaden nehmen.

■ Instituto de Estudos Socioeconômicos (Hrsg.), *Paz o desafio*, 96 p., Brasília 2001

Das in der brasilianischen Publizistik aktuell dominante Ideenspektrum rankt sich um den Themenkreis „Frieden, Gerechtigkeit, radikale Demokratie,

solidarischer Internationalismus, Menschenrechte“. Einige besonders typische Artikel zu diesem Themenbündel finden sich in einer Veröffentlichung des Instituto de Estudos Socioeconômicos (INESC, Institut sozioökonomischer Studien), das seinen Sitz in Brasília hat. Die Publikation trägt den Titel *Frieden: die Herausforderung*. Es handelt sich um eine Sammlung von Artikeln, von denen einige eigens für diese Oktober-Ausgabe verfasst wurden, andere jedoch bereits zuvor in Zeitungen erschienen waren.

Wer von den Veröffentlichungen eines derartigen Instituts empirische Analysen und Argumente erwartet, in denen sich die in Ökonomie und Sozialwissenschaften anerkannten Methoden niederschlagen, wird von dem Oktober-Heft enttäuscht. Die hier ausgewählten Aufsätze verdienen durchweg nicht den Titel „Studien“; sie haben nahezu alle Pamphletcharakter und anstelle rationaler Argumentation überwiegt der ideologische Diskurs und die Agitation.

Ein Grundthema durchzieht wie ein roter Faden die Beiträge dieses Heftes: der Protest gegen den Krieg der hochgerüsteten amerikanischen Supermacht gegen das verarmte, hungrige und wehrlose Volk der Afghanen, wobei manche Formulierungen den Eindruck erwecken, Kriegsziel der USA sei ein Massaker am afghanischen Volk.

Den Auftakt bildet der Artikel „A miséria do realismo político“ (Das Elend des politischen Realismus) von Wellington Almeida. Der Autor bringt seinen Zweifel an einer Politik, die auf militärische Gewalt setzt, um den internationalen Terrorismus zu beseitigen, durch ziemlich skurrile Thesen zum Ausdruck. So behauptet er, kriegerische Aktionen würden den Gruppen, die den Terror als politische Waffe benutzen, weitere Gründe geben, auf diesem Weg fortzufahren. Das läuft darauf hinaus, dem Terrorismus das Gewaltmonopol zu überlassen; denn mit demselben Recht könnte man behaupten, auch die Festnahme von Spitzenterroristen, sollte sie gelingen, würde die Attentäter zu neuen Gewalttaten provozieren.

Die zweite These lautet, nur ein Polizeistaat könne neue Attentate verhindern; eine Polizeistaatspolitik sei jedoch mit der Demokratie inkompatibel.

Gäbe es diese Alternative, dann stellt sich automatisch die Frage: Was ist vorrangiges Staatsziel: Schutz

■ Wellington Almeida,
„A miséria do realismo
político“

der demokratischen Freiheiten oder des Lebens der Bürger? Dass es Demokratien gibt, die bereit sind, sich zu verteidigen, und notfalls auch mit militärischer Gewalt, und dass Demokratien für den Notstand auch Notstandsgesetze brauchen, liegt ausserhalb des Denkhorizonts des Autors. Er ist ausschliesslich darauf fixiert, im Kampf für den Frieden einen „anderen Diskurs zu konstruieren“, einen Diskurs, der mit den Prinzipien einer „radikalen Demokratie“ übereinstimmt und der gegenüber keinerlei Form der Gewalt – sei es die terroristische, sei es die staatliche – Konzessionen macht. In diesem Diskurs geht es um die Verteidigung der Demokratie, der öffentlichen Debatte und der religiösen Toleranz.

Sancta Simplicitas: Verteidigung allein durch den Diskurs. Das muss die Terroristen, deren Furor durch staatliche Gewalt angeblich noch weiter angestachelt wird, aber mächtig einschüchtern!

Völlig unverständlich ist die Schlussüberlegung des Autors: die für die Attentate Verantwortlichen hätten mit der Tagesordnung dieser radikaldemokratischen Politik nichts zu tun; denn Männer wie Bin Laden und Saddam Hussein gehörten zu jener Dimension des „tieferen und banalen Bösen“, von dem Hannah Arendt sprach. Ist dieses „banal Böse“ eine Sphäre jenseits aller Politik, eine für die Politik unerreichbare und zu vernachlässigende Grösse? Oder ist es etwas zu Bekämpfendes? Die Polemik gegen das „Elend des politischen Realismus“ geriet dem Verfasser wider Willen zur Demonstration des Elends des utopischen Pazifismus.

■ Cándido Grzybowski,
„E, no entanto, outro mundo
é possível“

In seinem Aufsatz „E, no entanto, outro mundo é possível“ (Und dennoch ist eine andere Welt möglich) macht sich auch Cándido Grzybowski für diese utopischen Phantasiegebilde stark. In einem Atemzug nennt und verurteilt er den internationalen Terrorismus und die „gigantischen und verbrecherischen Aktionen der Regierung Bush“. Gegen Bush – so der Aufruf – „müssen wir eine Antwort der globalisierten Bürgerschaft geben, mit dem Ziel des Friedens, und zwar mir Mut und Kühnheit“. Die mächtige Bewegung der Anti-Globalisierungskampagne, aus der eine Weltbürgergesellschaft erwuchs, habe durch die Terrorakte einen schweren Rückschlag erlitten. Nun müssten deren aktive Mitglieder, die für einen planetarischen Humanismus eintreten, der die Werte der

Freiheit, Gleichheit, Verschiedenheit, Solidarität und Partizipation verteidigt, dringend ihre Strategien überdenken. Sie hätten eine historische Verantwortung zu übernehmen; es gelte, der „rein destruktiven Logik des Terrors und des Krieges“ eine auf den Frieden zielende konstruktive Logik entgegenzusetzen. Den Frieden konstruieren heiße, die Konflikte in konstruktive Kräfte der demokratischen und freien Gesellschaft zu verwandeln, die allen Erdenbürgern in ihrer Verschiedenheit der Kulturen, des Stils und der Wünsche das Zusammenleben des Gegensätzlichen im Geist der Menschenrechte ermöglicht.

Verblüfft fragt sich der Leser derartig bombastischer Ideen: Und was macht man, wenn einige fanatische Ideologen oder von religiösem Wahn Besessene auf die „konstruktive Logik“ des Pluralismus und der Menschenrechte pfeifen und wild entschlossen sind, die Welt mit allen Mitteln, Massenvernichtungswaffen eingeschlossen, nach ihren totalitären Ideen zu verformen?

Gegen solche globale Radikalität muss man, so glaubt der Autor, radikal (demokratisch) und global andenken. Ein Hilfsmittel ist es, „den solidarischen Internationalismus“ zu stärken. Da der Norden, wo die destruktive Logik des Krieges vorherrscht, den Pazifisten keinen Raum lässt, müssten die Weltbürger, die südlich des Äquators und außerhalb des Epizentrums der Krise leben, die größere Verantwortung übernehmen und als Mandatare der pazifistisch eingestellten Weltbürgergesellschaft agieren. – Es gelte, radikaldemokratische Projekte von weltweiter Macht zu konstruieren. Gegen die hegemoniale Politik der USA und der G7-Staaten, die mit ihrer ökonomisch und militärisch geprägten Interessenpolitik die Ursachen von Terror zuspitzen, müsse die sich bildende Weltbürgergesellschaft Informationsnetze kreieren, um die Alternativen einer besseren Welt zu diskutieren.

Die Diskursversessenheit der hier zu Worte kommenden radikaldemokratischen Pamphletisten, die auf pure Gewaltlosigkeit setzen, und ihr absolutes Vertrauen auf die politische Wirkung des Wortes sind rührend und schaden nicht, solange die westliche Zivilisation von diesem Bazillus nicht angesteckt wird. Das Ausmaß des dogmatisch-naiven Glaubens an die konstruktive Kraft des Diskurses ist allerdings wirk-

lich verblüffend; denn der Diskurs müsste, um politisch erfolgreich zu sein, auch die fanatisierten Terroristen überzeugen. Dazu bräuchte man Engelszungen.

Auch in anderen Aufsätzen dieses Heftes wird auf die Gefahren einer Militarisierung der Staatsaktionen und der dadurch drohenden Beschränkung der demokratischen Freiheiten hingewiesen, und es wird der angebliche Rückfall der USA in die Ideologie des Kalten Krieges beklagt. Ich will jedoch nur noch auf zwei Artikel dieses Heftes eingehen, in denen noch eine Reihe eigenwilliger Gedanken vorgetragen werden.

■ Dom Tomás Balduino,
„Terrorismo e a nova ordem
mundial“

In seinem Beitrag „Terrorismo e a nova ordem mundial“ (Terrorismus und die neue Weltordnung) zeichnet sich der emeritierte Bischof von Goiás, Dom Tomás Balduino, durch den Dogmatismus absoluter moralischer Gewissheiten und durch die für seinen Stand nicht untypische Attitüde klerikaler Unfehlbarkeit aus.

Er unterscheidet drei Typen des Terrorismus: 1. den nicht vorhersehbaren, der von anonymen, unsichtbaren Urhebern praktiziert wird (er begnügt sich mit dieser Definition und widmet dieser Terrorismusform keine weitere Aufmerksamkeit); 2. den sichtbaren, offiziellen, staatlichen, imperialen, legalen, grosssprecherischen, der internationale Foren und weltweite Medien mobilisiert, um die öffentliche Meinung für seinen Terrorismus zu gewinnen; 3. den Terrorismus des neoliberalen ökonomischen Modells.

Den heiligen Zorn des Bischofs erregen die zweite und die dritte Form des Terrorismus.

Nachdem der internationale Terrorismus die „tönnernen Füße“ der amerikanischen Supermacht bloßgelegt habe (meint der Bischof damit etwa die Liberalität der amerikanischen Gesellschaft, die den Terroristen so viel Freiraum für ihre mörderischen Untaten ließ?), gehe nun der offizielle Terrorismus zum herrschsüchtigen Autoritarismus, zu Arroganz und Verachtung über, getrieben von Racheinstinkt und Durst nach einem Blutbad. In obszöner Weise stelle die Supermacht vor der ganzen Welt die triumphale Überlegenheit ihres Kriegsarsenals zur Schau.

Die dritte Form des Terrorismus, das neoliberale Modell, macht der Bischof für das Elend von einer Milliarde von Personen, des fünften Teils der ganzen

Menschheit, verantwortlich, weil dieses Wirtschaftsmodell die unglaubliche Konzentration des Reichtums verursache. Es gibt für ihn keinen Zweifel, dass dies der Terrorismus ist, der heute die meisten Menschen tötet, aber auch die „Mutter Erde, die Schwester Wasser, kostbar und rein, den Bruder Wind, die Luft und die Zeit“, wie er mit einem Zitat von Franz von Assisi hinzufügt. An diesem Terrorismus sei Bush beteiligt. Und die Welt verzeihe ihm nicht, dass er die Unterzeichnung des Kyoto-Vertrags ablehnte.

Den Krieg verurteilt der Bischof als unmoralisch. Auch über den Ausweg aus der Krise macht er sich Gedanken. Nötig sei die Errichtung einer internationalen Gesellschaft des Rechts und der Gerechtigkeit der neuen Weltordnung.

Wie aber diese „neue Weltordnung“ angesichts der vom internationalen Terrorismus ausgelösten Weltunordnung herzustellen sei, dazu bleibt der Bischof eine Antwort schuldig.

In seinem Traktat „A ‚America’s new war‘ e o recrudescimento do velho etatismo“ (‚Amerika’s new war‘ und das Wiederaufleben des alten Etatismus) äußert Augusto de Franco seine Befürchtung, der neue Krieg Amerikas könne sich ausweiten und einen Rückschritt der Zivilgesellschaft bewirken. Er versichert, dass das „wahre Böse [...] die Installation des Krieges als Normalzustand der Welt“ sei. „Das Böse an sich ist der Rückgriff auf den Krieg.“ Jeder Krieg sei Terror.

Er mokiert sich darüber, dass die USA stets ein Feindbild kreieren, einen Feind konstruieren. Zeitweilig brauchten sie dazu die Parole von den „Schurkenstaaten“. Endlich, seit dem 11. September, haben sie einen „guten Feind“ gefunden. (Soll ‚gut‘ hier ‚glaubwürdig‘ bedeuten?)

Dem Verfasser zufolge ist der religiös-politische Terrorismus nur eliminierbar, wenn wir auch den Staatsterrorismus abschaffen. Man könne den Terrorismus nur besiegen, wenn man auch seine Gründe besiege. Allein durch demokratische Politik sei der Terrorismus überwindbar. (Gilt für den Autor auch der Umkehrschluss: die undemokratische Politik der USA und ihrer Verbündeten ist Quelle der Gründe des Terrorismus?)

Eine zentrale These des Autors lautet: eine Folge der Terrorakte ist das Wiederaufleben des Etatismus und

■ Augusto de Franco, „A ‚America’s new war‘ e o recrudescimento do velho etatismo“

die akute Gefahr der Errichtung eines Mega-Polizeistaats, d.h. eines Megastaats des Terrors. Die Ideologie des Etatismus sei antidemokratisch; ihr Hauptinteresse sei das staatliche Gewaltmonopol und die Kontrolle der Gesellschaft durch den Staat. Aufgrund ihrer eigenen Natur entziehe demokratische Politik sich jedoch der Kontrolle; der Ausgang des demokratischen Prozesses sei prinzipiell ungewiss.

Wenn er diesen direkt-demokratischen Ideen solche Relevanz zuschreibt, wieso begreift dann der Autor nicht auch die (nicht kontrollierbare) Zustimmung des amerikanischen Volkes zu kriegerischen Aktionen gegen die Al-Qaida-Clique und die Regierung, die sie unterstützt, als das Resultat eines demokratischen Prozesses? Etwa weil entgegen seinen normativen Erwartungen eine Demokratie zum Krieg entschlossen ist? Soll über Krieg und Frieden zwischen den USA und ihren Feinden und das Recht der Amerikaner auf Selbstverteidigung etwa in jenem Teil der Weltgesellschaft entschieden werden, der sich weitab vom Epizentrum der Auseinandersetzung befindet?

Tatsächlich scheint dies seine Meinung zu sein; denn er beschwört die Verpflichtung der Weltbürgergesellschaft, gegen den Kriegswillen der amerikanischen Regierung [den des amerikanischen Volkes ignoriert er] zu reagieren, eine Verpflichtung nicht nur aus moralischen Motiven, sondern im Interesse am eigenen Überleben; zumal Gefahr drohe, dass die Welt in den Strudel eines neuen Weltkriegs gerissen wird. Die „Staatsräson“ müsse durch die Schaffung neuer „Gesellschaftsräsons“ (im Plural !) ausbalanciert werden. Nottut „Networking für den Frieden“.

Da es kein neues weltumfassendes Gewaltmonopol gibt und nicht geben darf, bleibt für den Verfasser nur die Politik der großen Worte. Aber nun weiß es die Weltbürgerschaft wenigstens: Rettung ist möglich durch den Exzess pazifistischer Schlagwörter im Medium einer tropisch wuchernden Rhetorik.

Noch fehlt dem utopischen Pazifismus eine kohärente Theorie. Seine Vertreter sind sich nicht einig: der eine meint, vor Terrorismus schütze leider nur ein Polizeistaat; der andere behauptet, nur demokratische Politik vermöge den Terrorismus zu besiegen. Wird hier ein alter Traum neu geträumt? Die Kommunisten wollten eine Gesellschaft „neuer Menschen“

herstellen, in der es keine Gefängnisse mehr gibt, weil keiner der neuen Menschen mehr Verbrechen begeht. Sie haben dafür viele der „alten Menschen“ ins Gefängnis gesperrt oder ausgerottet, ohne dass der neue Menschentyp zum Vorschein kam. Nun sind wir, so scheint es, Zeugen eines neuen Traumes, des Traumes einer „neuen Demokratie“, einer antiterroristischen Demokratie der Weltgesellschaft, in der der Terrorismus von selbst verschwindet.

Ein in Brasilien wichtiger politischer Meinungsbildner ist Leonardo Boff, der berühmte Vertreter der „Theologie der Befreiung“. Ihm ist mit seinem Artikel „A globalização do inimigo“ (Die Globalisierung des Feindes), der am 26. November 2001 in der angesehenen *Folha de São Paulo* erschien, eine besonders perfide Verleumdung Amerikas und seines Präsidenten gelungen. Der Essay wurde unmittelbar danach per Internet verschickt, so dass er noch größere Verbreitung fand.

Nach Boff ist Bush Vollstrecker zweier Ideologien, der des preußischen Militärtheoretikers Karl von Clausewitz und der des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt – Boff zufolge einer der großen modernen Theoretiker der politischen Philosophie auf faschistischer Grundlage. Die Nachwirkungen des Clausewitzschen Sicherheitsdenkens auf die von Bush nach den Terrorakten praktizierte Politik glaubt Boff folgendermaßen charakterisieren zu können: „Im Namen der Sicherheit verkehrt sich der grundlegende Sinn des Rechts: bis zum Beweis des Gegenteils stehen alle unter dem Verdacht, Terroristen zu sein.“

Nicht einmal der jüngst erlassene USA Patriot Act, der von vielen Fachleuten nicht zu Unrecht als überzogen kritisiert wird, rechtfertigt die Boffsche Behauptung bezüglich der Politik der Bush-Administration, und in Bezug auf Clausewitz ist sie völlig deplatziert.

Für Bushs Kampf des „Guten“ gegen das „Böse“ und die Gleichsetzung von Freund mit Gut und Feind mit Böse zieht Boff Schmitts Buch *Der Begriff des Politischen* als Erklärungsfolie heran. Schmitts Gedanken werden durch „Zitate“ wiedergegeben, die sich Boff für seine agitatorischen Zwecke zurechtgeschnitten hat, wie: „Das Wesen der politischen Existenz eines Volkes ist seine Fähigkeit, den Freund und den Feind zu bestimmen.“ Der Satz steht in An-

■ Leonardo Boff, „A globalização do inimigo“, in: *Folha de São Paulo*, 26. 11. 2001

führungszeichen; aber einen solchen Text gibt es weder im deutschen Original noch in der portugiesischen Übersetzung. Danach fragt Boff: wer ist der Feind? Und er antwortet mit einer Zitatfälschung: „Es ist jener existenziell Andere und Fremde, so dass im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind. Wenn das Anderssein des Fremden die Negation der eigenen Existenz bedeutet, so muss er abgewehrt und bekämpft werden, um die eigene Lebensart zu bewahren. In der psychologischen Wirklichkeit wird der Feind leicht als böse und hässlich behandelt.“ Auch diesen Text gibt es bei Schmitt nicht; es ist ein aus Textschnipseln zusammengesetztes Zitatsurrogat und verkehrt die Schmittschen Gedanken genau dort in ihr Gegenteil, wo die Verwandtschaft zwischen Schmitts und Bushs Ideen liegen soll. Für Schmitt ist der Freund-Feind-Gegensatz ein völlig selbständiges Kriterium des Politischen, der mit den Gegensätzen Gut und Böse im Moralischen und Schön und Hässlich im Ästhetischen nichts zu tun hat. „Die seinsmäßige Sachhaltigkeit und Selbständigkeit des Politischen zeigt sich schon in dieser Möglichkeit, einen derartigen Gegensatz wie Freund-Feind von anderen Unterscheidungen zu trennen und als Selbständiges zu begreifen“ (*Der Begriff des Politischen*, Berlin: Humblot 1963, S. 28). Bushs Gleichsetzung von Freund und „Gut“ sowie Feind und „Böse“ könnte Schmitt gerade nicht akzeptieren. Die politische Entscheidung, den Feind, der die Existenz und Lebensform eines Volkes bedroht, zu bekämpfen, ist unabhängig von der Frage, ob die Regierung und die kämpfende Truppe diesen Feind hassen oder nicht.

Solche Subtilitäten sind jedoch Boffs Absicht abträglich, die Politik des amerikanischen Präsidenten als faschistisch zu diffamieren. Als kritischer Leser befindet man sich in der Situation, die nüchterne Analyse Schmitts, der in der Tat eine national-sozialistische Vergangenheit hatte, gegen die bisweilen unangemessene und pathetische Rhetorik von George Bush abzugrenzen, um für Schmitt als Theoretiker eine adäquate Beurteilung zu postulieren.

Der Artikel endet mit einer Aneinanderreihung von Unterstellungen, Befürchtungen und Anschuldigungen. Die Feinde seien: die Länder, die als Schurkenstaaten gelten, die Befreiungsideologien und Religionen des Widerstands in aller Welt, die linken

Antikapitalisten, die Kritiker der Globalisierung, die Befreiungstheologien in Südamerika, Afrika und Asien, die „starken Gruppen des populären Islamismus fundamentalistischer Prägung und die theologisch-islamischen Kreise, die sich rückbesinnen auf die befreienden Ursprünge der Heldentaten Mohammeds und den ursprünglichen Sinn des Korans. Alle Aufgezählten sind eventuelle Feinde.“

Immerhin: sie sind nicht a priori Feinde. Sie sind potenzielle Feinde. Auf die Eventualitäten aktueller Freund-Feind-Entscheidungen geht Boff nicht näher ein. Aber die entrüstete Aufzählung von möglicherweise Betroffenen erweckt den Eindruck eines antizipierenden generellen Freispruchs. Dies ist umso erstaunlicher, als eine der aufgezählten Gruppen, nämlich der fundamentalistische Islamismus, der Hass und Feindschaft gegen die westliche Zivilisation predigt, ihre Unschuld bereits verloren hat. Dafür hat Boff jedoch keinen Blick. Wohl aber sieht er Gefahren, die von den USA ausgehen könnten, nämlich: mit noch grösserer Raserei zu wiederholen, was in den sechziger Jahren unter den Regimen der nationalen Sicherheit (wohlgemerkt: Sicherheit des Kapitals) geschehen sei.

Es ist ja verständlich, dass in Lateinamerika die amerikanische Politik immer wieder in der Perspektive der politischen „Sünden“ gesehen wird, die die Amerikaner hier in der Vergangenheit begangen haben. Aber muss man sich so sehr von Erinnerungen an die Vergangenheit bestimmen lassen, dass darüber der Sinn für neuartige Problemlagen verloren geht und damit zugleich auch die Fähigkeit, über ihre aktuell fälligen Lösungen sachgerecht nachzudenken?

Gibt es keine anderen Stimmen? Findet man zu unserem Thema in der brasilianischen Publizistik nicht auch Stellungnahmen, die offener sind für die Standpunkte der USA und Europas und die ein wenig über den Tellerrand hausgemachter Ideologien und hierzulande üblicher Gemeinplätze hinausblicken?

Nun, es gibt sie, die anderen Stimmen. Auch wenn sie nicht übermäßig zahlreich sind, so fehlt es nicht an Wortmeldungen von rechts, die gegen linke Ideologien zu Felde ziehen, oder aber auch an kritischen Äußerungen von moderateren und nachdenklicheren Sympathisanten der Linken. So prägte die *Veja* vom 3. Oktober 2001 auf der Titelseite die Schlagzeile „O

■ *Veja*, Jg.34, n°39, 3.10.2001. Titelblatt: „O VÍRUS ANTI-EUA. A demagogia que transformou a vítima em culpada“

■ Olavo de Carvalho in:
Época n° 176, 1. 10. 2001

VÍRUS ANTI-EUA. A demagogia que transformou a vítima em culpada“ (Der Virus des Antiamerikanismus. Die Demagogie, die das Opfer in den Schuldigen verwandelt). Auch andere Zeitungen und Zeitschriften widmeten diesem Thema kritische Analysen.

Besonders hinweisen möchte ich auf Stellungnahmen von Olavo de Carvalho, der die Desinformationen in der brasilianischen Presse aufs Korn nahm und Klischees kritisierte, die den Denkhorizont des Lesepublikums einengen. In *Época* (n° 176, 1. Oktober) konterkariert er beispielsweise die weitverbreitete Auffassung, die Terrorakte seien die legitime Reaktion auf den „aggressiven Militarismus“ der USA, indem er darauf aufmerksam macht, dass im Laufe des letzten Jahrhunderts in den beiden Weltkriegen und in verschiedenen Regionalkonflikten ca. 1,6 Millionen Menschen durch amerikanische Militäraktionen zu Tode kamen, während demgegenüber in der Hälfte dieses Zeitraums eine dreissigfache Anzahl den chinesischen Kommunisten zum Opfer fiel. Im Zweiten Weltkrieg töteten die Amerikaner an allen Fronten des Krieges 925 000 Personen, während von den Kommunisten allein in Kambodscha doppelt so viele getötet wurden. In Vietnam starben 213 000 Menschen durch amerikanische Militäroperationen; viermal so hoch war die Zahl derer, die 1994 innerhalb von zehn Wochen in Ruanda linken Todesschwadronen zum Opfer fielen.

Ich kann die Zahlenangaben nicht überprüfen und bin auch nicht in der Lage, in der gebotenen Eile nachzuforschen. Falls die gegeneinander postierten Zahlen korrekt sind, dann ist der Vergleich durchaus aussagekräftig. Diese Opferaufrechnung – mag man sie auch als makaber empfinden – entzieht dem Antiamerikanismus den Anschein objektiver Begründetheit. Auch unabhängig von diesem Zahlenvergleich kann man aber feststellen, dass die ungeheure Menge von Stalin- und Mao-Opfern nie einen vergleichbaren Antisowjetismus oder Anti-China-Komplex hervorbrachten. Der Pazifismus ist zumeist auf dem linken Auge blind bzw.: er ist linker Pazifismus gegen westliche („rechte“) Militärmacht. Damit wird deutlich, dass am Zustandekommen des globalen Antiamerikanismus zu einem guten Teil ideologische Desinformation beteiligt gewesen sein muss.

Der (Gegen-)Aufklärer Olavo de Carvalho, der mich hier zu weitergehenden Überlegungen inspiriert hat, kann aber auch übers Ziel hinausschießen. Um die Hintergründe der Terrorakte auszuleuchten, beruft er sich in *Época* (n° 175, 24. September 2001) auf Informationen und Einschätzungen von Stanislav Lunev, einem ehemaligen Mitglied der sowjetischen Militärspionage (GRU), der die Seiten wechselte und Carvalho zufolge mittlerweile den CIA berät. In den neunziger Jahren habe Lunev den CIA informiert, Russland habe die alten Spezialeinheiten sowie den militärischen Geheimdienst beibehalten und dort lägen Pläne bereit für einen Krieg gegen die USA, der beginnen könne mit einem Ablenkungsmanöver in Form eines Terrorangriffs. Nach den Attentaten vom 11. September soll Lunev gesagt haben: „Ich habe keinen Zweifel, dass Russland hinter diesen terroristischen Gruppen stand, indem es sie finanzierte und ausüstete.“ Auch im Golfkrieg habe Russland den USA seine Solidarität erklärt, gleichzeitig aber Techniker und Berater in den Irak geschickt. Russland habe im Juli die Goldwährung wieder zur Grundlage seiner Währung gemacht, weil es wusste, dass der Dollar zusammen mit den Türmen in New York fallen würde.

Nichts spricht dafür, dass Russland heutzutage dieses Doppelspiel betreibt. Aus Insider-Informationen ist zu erfahren, dass das russische Geheimdienstwissen über die Lage in Afghanistan, das den USA zur Verfügung gestellt wurde, für den amerikanischen Feldzug so wichtig ist, dass diese Hypothese auszuschließen ist. Carvalho beklagt sich in einer seiner Kolumnen, in einem Land von Blinden sei zwar der Einäugige König, der Zweiäugige gelte jedoch als verrückt. Man muss ihn aber zur Vorsicht mahnen: wer Geister sieht, wo keine sind, dem helfen auch zwei Augen nicht.

Sträflicherweise völlig vernachlässigt habe ich hier eine Reihe moderater, abwägender und auf Sachlichkeit bedachter politischer Analysen wie sie z.B. in der Zeitung *Estado de São Paulo*, aber auch im *Correio Braziliense* und in anderen Zeitungen zu finden waren. Aufgefallen sind mir eine Anzahl gut durchdachter Essays, in denen beispielsweise Überlegungen darüber angestellt wurden, welche Chancen sich aus der neuen Weltlage ergeben, und zwar gerade für diejenigen Länder, die von der Hegemonialmacht USA

■ Olavo de Carvalho,
„A origem dos atentados“,
in: *Época*, Jg. 4, n° 175,
24. 9. 2001

■ *Estado de São Paulo*,
Correio Braziliense

bislang allzu stark dominiert und in der Wahrnehmung ihrer finanz-, handels- und entwicklungspolitischen Interessen bevormundet und auch eingeengt wurden. Es sind dies vor allem die Länder der südlichen Hemisphäre, unter denen Brasilien aufgrund seiner Grösse und seines wirtschaftlichen Potenzials ein besonderes Gewicht hat. Da angesichts der vom internationalen Terrorismus drohenden Gefahren auch so mächtige Staaten wie die USA und die G7-Gruppe viel mehr als zuvor auf internationale Zusammenarbeit und Solidarität angewiesen sind, können nun die ‚schwächeren‘ Staaten in den internationalen Beziehungen eine größere Bedeutung gewinnen; denn es ergibt sich für sie die Gelegenheit, für ihre Bereitschaft zur Kooperation und Solidarität bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus als gerechte Gegenleistung die stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen einzufordern.

Wer Brasilien kennt, wird mir entgegenhalten, die soeben vorgetragene – oder besser: nur angedeutete – Ergänzung seriöser politischer Analyse reiche nicht aus; das hier gezeichnete Porträt bleibe einseitig; es gebe mit Sicherheit mehr an diskutablen Kommentaren.

Dem werde ich sofort zustimmen. Zeitweilig habe ich überlegt, ob ich den Aufsatz ganz anders anlegen und nur die Presseäusserungen berücksichtigen sollte, die mir wegen ihres Gehalts diskutabel erschienen. Ich habe den Gedanken wieder verworfen: denn ich war nicht am Meinungsbild einer Minderheit unter den brasilianischen Intellektuellen interessiert. Mir ging es darum, die Strukturen eines Meinungsspektrums nachzuzeichnen, das ich für typisch brasilianisch halte, ein Meinungsspektrum, von dem ich glaube, dass es für die Mehrheit der Brasilianer mit einem bestimmten Bildungsgrad repräsentativ ist. Da ich keine soziologischen Studien angestellt habe, kann dies nur ein subjektives Urteil sein. Was ich für repräsentativ halte, ist durch meine persönlichen Beobachtungen bedingt, und diese wiederum sind bestimmt durch meine Umgebung und meine sozialen Kontakte. Infolgedessen hat diese subjektive Sichtweise auch die Auswahl der hier vorgestellten Presseäusserungen bestimmt.

Den subjektiven Hintergrund zu beschreiben, der meinem Urteil über das möglicherweise Typische an

den Reaktionen der Brasilianer auf die Terroranschläge in Amerika zugrunde liegt, würde zu einem Roman ausarten. Stattdessen will ich mich darauf beschränken, einen Einfall wiederzugeben, der mir kam, als ich über genau diesen Punkt nachdachte.

Mir fiel ein Buch in die Hand mit dem nicht gerade glücklichen Titel *Wir und das Absolute*, eine Festschrift zu Ehren eines brasilianischen Philosophen, der zugleich Priester ist. Dieser Titel war Ausgangspunkt meiner Überlegung. Wie wäre es mit „Wir und das Relative“? dachte ich, und mir wurde deutlich, dass man so einen zentralen Charakterzug der westlichen Kultur benennen könnte, einer Kultur der Ideenvielfalt, der Ideenkonkurrenz, des Pluralismus, des Wertrelativismus. Kennzeichnend für diese Kultur ist nicht absolutes Wissen, sondern hypothetisches Wissen, das offen ist für Korrekturen und Verbesserungen. Genau darin besteht ihre Dynamik. Dieser Relativismus und Pluralismus, dessen Lebenselixier die Meinungsvielfalt ist, ist als solcher jedoch ein Wertekosmos, und zwar insofern, als diese Lebensform für diejenigen, die an ihr teilnehmen, so wertvoll ist, dass sie sich mit aller Kraft dagegen wehren, sich dem Diktat einer totalitären Ideologie – gleichgültig, ob politischer oder religiös-fundamentalistischer Provenienz – zu unterwerfen. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass es Kulturteilnehmer gibt, die diesen Relativismus missverstehen und in eine Haltung autodestruktiver Skepsis pervertieren.

Was die brasilianische Kultur betrifft, so bin ich unsicher, welche Charakteristik auf sie passt. Wohl kaum die der westlichen Kultur. Die hier übliche Kritik von Individualismus, Liberalismus und Neoliberalismus ist derjenigen, die islamische Kreise vorbringen, sehr ähnlich. Ist Brasilien im „Westen“ noch nicht angekommen?

Dennoch ist an Meinungsvielfalt kein Mangel. Aus dem Ideenpluralismus wird allerdings kaum je eine Ideenkonkurrenz mit dem Impetus von Korrektur und Verbesserung. Das auf ständige Selbstverbesserung zielende hypothetische Wissen scheint hier noch nicht heimisch zu sein, oder höchstens mit dem Status eines „Ausländers“ mit Aufenthaltsgenehmigung auf Abruf. Stattdessen dominiert die Suche nach absoluten Gewissheiten. Nicht unbedingt bezogen auf ein einziges Absolutes; nicht strikt auf eine einzige

religiöse Überzeugung ausgerichtet. Die Pluralität religiöser Heilsversprechen ist hierzulande beeindruckend. Nicht die eine, die „wahre“ Religion, sondern das Religiöse als solches ist wichtig, der Beistand himmlischer Mächte in allen Fährnissen des Lebens, gleichgültig, in welcher Kultform er erflieht wird. Mir ging die Formulierung durch den Kopf: „Wir und die Absoluten (*absoluta*)“, das Absolute paradoxerweise im Plural. Sollte das eine adäquate Charakterisierung der brasilianischen Kultur sein?

Der Sinn für Staatlichkeit entstand in Europa aus den Erfahrungen der Religionskriege, als zwei christliche Konfessionen auf Leben und Tod um die einzig wahre Lehre, um die einzig richtige Auslegung des Absoluten kämpften und als dann der Staat, von seinem Gewaltmonopol Gebrauch machend, den Frieden wieder herstellte. Religionskriege kannte Brasilien nicht, wohl aber die Zwangsbekehrung der aus Afrika importierten Sklaven. Diese jedoch gaben ihren alten Idolen die Namen von christlichen Heiligen, und im Schutz dieser symbolischen Verkleidung praktizierten sie weiterhin ihre aus Afrika mitgebrachten Kulte wie Candomblé, Macumba und Umbanda. Dem Gewaltmonopol der katholischen Kirche über ihre Seelen entzogen sich die Schwarzen durch scheinbare Unterwerfung. Kein Wunder, dass seither die Idee des Gewaltmonopols in jeder Form suspekt ist. Das Religionsdiktat misslang; stattdessen begann, noch dazu durch Rassenmischung stimuliert, der Synkretismus der Religionen, der seine Spuren in der Volksfrömmigkeit hinterließ. Gegenwärtig lebt diese Tradition auch in der Überlagerung und Verschmelzung politischer Ideologien fort.

■ Darc Costa, „Caminho para a intolerância“, in: *Carta Capital*, Jg. 8, n° 157, 19. 9. 2001

Toleranz, Synkretismus und Rassenmischung seien die besonderen Gütezeichen der brasilianischen Gesellschaft, stellt Darc Costa in seinem Artikel „Caminho para a intolerância“ (Weg zur Intoleranz) in *Carta Capital*, n° 157, 19. September 2001, fest. Sie seien es, die Brasilien vor kriegerischen Auseinandersetzungen bewahrt und seine inneren Konflikte – rassistische, religiöse, ideologische – abgeschwächt haben. Außerdem seien sie der Sozialnatur des Menschen zuträglicher als das angeblich natürliche Gleichgewicht des Marktes. Wenn Brasilien seine Form von Toleranz, Synkretismus, Rassenmischung und Solidarität beibehalte, habe es Aussichten, sich auch künft-

tig von den Routen des Terrorismus fernzuhalten; denn dieser sei ein Erzeugnis der Intoleranz. Als Konsequenzen der Terroranschläge in New York und Washington diagnostiziert Costa einerseits verstärkte Intoleranz im öffentlichen Leben der USA, andererseits aber auch eine außerordentliche Einigkeit der amerikanischen Gesellschaft. Diese neue gesellschaftliche Kohäsion sei aber ihren Preis – gemeint sind offenbar die Opfer und Schäden der Terroranschläge – nicht wert. Was Nordamerika brauche, seien neue Prioritäten in der Politik, nämlich innerstaatliche und außenpolitische Solidarität statt der Arroganz des ökonomischen Wettbewerbs. Ohne es ausdrücklich zu sagen, gibt der Autor zu verstehen, es sei vor allem die unsolidarische, durch Konkurrenzkampf und Gewinnstreben geprägte Lebensform, die Nordamerika zum Hauptziel der Terrorangriffe machte. Hier wird in halbwegs subtiler Form der *Brazilian way of life* gegen den amerikanischen Lebensstil ausgespielt. Man könnte es auch schlichter ausdrücken: Die Amerikaner müssten von den Brasilianern lernen. Im Vulgärjournalismus und in Gesprächen kann die Botschaft universalen Charakter annehmen und lautet dann direkt und ungekünstelt, Brasilien sei ein Modell des Friedens für die ganze Welt. Weltfrieden durch Rassen-, Kultur- und Ideologienmischung.

Bisweilen nimmt die spezifisch brasilianische Toleranz auch merkwürdige Züge an. Kürzlich verkündete ein in Brasilien sehr populärer Sänger in aller Öffentlichkeit, was immer man auch sonst noch über Bin Laden sagen möge, eines sei sicher: Er sei ein „schöner Mann“. Ein Ehepaar wollte dem neugeborenen Sohn den Namen ‚Bin Laden‘ geben, und als die Behörde Einspruch erhob, insistierte das Ehepaar, es sei doch ein so schöner Name. Mit Vornamen wie Stalin, Lenin und Mussolini bezeugen noch heute Sechzig- bis Siebzigjährige die ideologischen Vorlieben ihrer Väter.

Am Marathonlauf zu Sylvester 2001 in São Paulo nahm eine Gruppe von „Friedenskämpfern“ teil, karnevalsmäßig kostümiert und jeder ein Stirnband mit der Aufschrift „Frieden“ (PAIZ) tragend. Nach einer Weile unterbrachen sie ihren Lauf, um sich vor den Fernsehkameras zur Schau zu stellen. Die beiden Hauptdarsteller waren als George Bush und Osama

Bin Laden verkleidet. Mit Gesten herzlicher Freundschaft fielen sie sich in die Arme. In der Großfamilie, bei der wir zur Sylvesterfeier geladen waren, waren alle glücklich über diese vom Fernsehen übertragene schöne Friedensbotschaft zum Neuen Jahr. Hier würde sich niemand wundern, wenn der in São Paulo mit Bush Frieden schließende Bin-Laden-Darsteller jener Professor gewesen wäre, der die Mordlust der Terroristen auf Bush als Opfer hatte eingrenzen wollen. Das wäre ja bereits ein großer Fortschritt.

Wäre es wirklich ein Fortschritt? Was ist das eigentlich für ein Frieden, der durch diesen Bruderkuss symbolisiert wird? Was ist das für eine Aussage? Lautet die Botschaft: „Vergessen wir die Zwillingstürme, das Pentagon, die Tausende unschuldiger Opfer; wir sind dennoch Brüder, Söhne desselben himmlischen Vaters“? Ist es Toleranz als kategorischer Imperativ: Toleranz auch denen gegenüber, die aus Intoleranz Massenmorde anstiften oder begehen?

Unwillkürlich muss ich an die Mahnungen meiner Frau denken, einer waschechten Brasilianerin. Wenn sie nach Diskussionsrunden meine Irritationen erspürt, dann sagt sie: „Du musst das alles nicht so ernst nehmen, was sie sagen. Du verlangst Stringenz. Das hat doch keinen Sinn. Das sagen sie nur so dahin. Sie meinen es doch gar nicht so.“

Sie meint es gut. Doch manchmal irritiert es mich noch mehr, wenn sie so etwas sagt. Auch jetzt geht es mir so. Denn im konkreten Fall frage ich mich: Die radikaldemokratischen Utopisten und die Friedenskämpfer: meinen sie, was sie sagen, oder wissen sie nicht so genau, was sie meinen?

Aber ein Trost bleibt mir doch: mit dem Export des *Brazilian way of life* hat es wohl auch niemand ganz so ernst gemeint.

Meinem Freund, Herrn Dr. Klaus Rosen, möchte ich für Anregungen und Ideenaustausch zu diesem Thema, die durch die globalisierten Medien möglich wurden, herzlich danken. Die Unzulänglichkeiten dieses Artikels fallen allein mir zu Last.